



SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

Pressemitteilung Nr. 16-309
vom 06.09.10

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

Schünemann ignoriert Meinungsbildung aller Polizeipersonalräte

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag kritisiert die Entscheidung von Innenminister Schünemann (CDU), den umstrittenen A-11-Erlass zur Beförderungspraxis bei der Polizei gegen alle Widerstände inkraft zu setzen. „Schünemann ist und bleibt beratungsresistent“, sagte Klaus-Peter Bachmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, am Montag in Braunschweig.

Noch am 31. August hatte der Polizeihauptpersonalrat - nach übereinstimmendem Votum aller örtlichen und regionalen Personalräte der Polizei - das von Schünemann geplante A-11-Dienstpostenkonzept abgelehnt und damit kein Benehmen im Rahmen der Mitbestimmung hergestellt. Trotzdem habe Schünemann den Erlass rückwirkend zum 1. September 2010 inkraft gesetzt. „Damit entfällt die Beförderungsperspektive für rund 14.000 Polizeibeamtinnen und - beamte in Niedersachsen, die nunmehr keine Chance mehr haben, als Oberkommissare auf ihren Sachbearbeiterplanstellen im Land zum Hauptkommissar befördert zu werden. Diese A-11-Stellen werden jetzt landesweit bestimmten Funktionen innerhalb der Polizeiorganisation zugeordnet und sind nicht mehr im Rahmen der Regelbeförderung erreichbar“, erläuterte Bachmann.

Er bekräftigte seine Zustimmung mit dem Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrats in vollem Umfang. „Die Mitbestimmung der Personalräte hat bei Schünemann keinerlei Stellenwert. Dieses Verfahren setzt ein äußerst bedenkliches Signal.“

Noch vor kurzem hatte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Hauptpersonalrat einen aus Sicht der SPD vertretbaren Kompromiss ins Gespräch gebracht: Einige A-11-Stellen sollten z.B. den Funktionen der Dienstabteilungsleiter vor Ort fest zugeordnet werden, der Rest aber im Rahmen der Wertschätzung polizeilicher Sachbearbeitung im Prinzip allen Beamtinnen und Beamten zugänglich sein.

Bachmann: „Auch diesen Kompromiss hat Schönemann in den Wind geschlagen. Die innerbetriebliche Kultur bei der Polizei nimmt dadurch zunehmend Schaden und die Dienstkräfte resignieren langsam.“ Die Betroffenen hatten sich in den vergangenen Wochen durch Protestveranstaltungen, Mails und Postkarten eindeutig zum alten Verfahren bekannt.

Bachmann: Für viele Polizeibeamtinnen und -beamte gilt nun, sie müssen sich um A-11-Stellen im ganzen Land bewerben. Das führt zu einem unhaltbaren Stellentourismus. Was das für Polizeikräfte mit schulpflichtigen Kindern und auch berufstätigen Ehepartnern bedeutet, scheint diesem Innenminister egal zu sein.“